

**Reiner Bernstein:**

### **Jenseits von Sharon: Die alten Probleme**

Auch die Palästinenser wollten in den vergangenen Tagen wählen. Doch nach der Vertagung durch Yasser Arafat blieb es beim Termin in Israel. Ariel Sharons zweiter Triumph war vorhersehbar, trotz anhaltender Gewalt, trotz wirtschaftlicher Talfahrt, trotz hoher Staatsverschuldung, trotz der Korruptionsskandale und trotz der diplomatischen Einsamkeit Israels wie in den Zeiten des Kalten Krieges mit seinen automatischen Mehrheiten in den UN-Gremien. Doch diese Isolation scheint gewollt zu sein, will man den Worten Sharons Glauben schenken, dass internationale Friedensbemühungen nichts wert seien.

Für die Öffentlichkeit zählten allein die Ablehnung von Verhandlungen mit den Palästinensern und die Sicherheit vor ihnen, obwohl die Zahl der Bombenanschläge in den letzten Jahren alle Rekorde brach. Aber die Diskussion über ihre Ursachen, die alltägliche Gewalt der Besatzungspolitik, wird nicht geführt. Will man den Palästinensern keinen genetischen Defekt unterstellen, wäre diese Aufarbeitung dringend erforderlich. Doch so ist fast ein Drittel des Wahlvolkes entweder Sharon gefolgt oder hat sich der Stimme enthalten. Das wird für jede Regierung Folgen haben. Schon jetzt schießen die Spekulationen um den sechsten Wahltermin seit 1992 ins Kraut.

Ob sich die Arbeitspartei nach ihrer Niederlage noch einmal in das Prokrustesbett des „Likud“ („Geschlossenheit“) legt, hängt davon ab, ob sie mit Amram Mitzna oder ohne ihn zu einer programmatischen Erneuerung bereit ist, nachdem sie das Vertrauenskapital zwei Jahre lang gründlich verspielt hat. Nur wenn sie sich politisch endgültig diskreditieren und eine Spaltung in Kauf nehmen will, wird sie dem Ruf des „Likud“ folgen. Auch der selbstherrliche Yossi Sarid hat „Meretz“ („Energie“) ruiniert und daraus die Konsequenz des Rücktritts gezogen; welche Zukunft der Partei beschieden ist, steht dahin. Dem cholерischen „Tommy“ Lapid ist mit „Shinui“ („Wandels“) zwar das Kunststück gelungen, mit 16 Mandaten in das Parlament einzuziehen, doch wird seine Regierungsfähigkeit höchst skeptisch beurteilt: Ihm fehlt ein Programm jenseits der Trennung von Staat und Religion sowie der Zusage sozialpolitischer Wohltaten für den Mittelstand. Auch an der Unstetigkeit seines politischen Urteils entzündet sich die Kritik. Die nationalistische Partei des ehemaligen „Gefangenen von Zion“ in der Sowjetunion, Natan Sharanski, hat eine schwere Verluste hinnehmen müssen. Sein Konkurrenz Avigdor Lieberman hingegen hat zwar sein Stimmenpotential erhalten, dürfte aber aufgrund seiner zahlreichen unappetitlichen Korruptionsaffären kaum als ernsthafter Koalitionspartner in Frage kommen.

Die Friedensszene ist innerlich gelähmt, weil sie der entscheidenden Frage aus dem Wege gegangen ist: Wie verträgt sich die Bereitschaft, den Palästinensern einen Staat zuzugestehen, mit der Verweigerung von politischer Unabhängigkeit und Souveränität? Indem auch die arabischen Parteien rechnerisch kaum profitiert haben, senden ihre Wähler ein dreifaches Signal aus: Es ist ihnen weniger denn je gelungen, ihre internen Streitigkeiten zu überwinden,

die stärker auf persönlichen Rivalitäten beruhen, als dass sie politische Differenzen widerspiegeln. Andererseits wenden sie sich von dem Gemeinwesen ab, in dem sie leben, und solidarisieren sich einmal mehr mit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Und schließlich ist die Zeit vorüber, in der sie dem Staat Israel größere Loyalität entgegenbrachten, als dieser ihnen zu geben bereit ist. Die einzigartige Chance scheint endgültig vertan, ein Verhältnis der koexistentiellen Gleichberechtigung zu entwickeln, das auf die besetzten Gebiete ausstrahlt.

Die Parteienlandschaft spiegelt die Zerrüttung der israelischen Gesellschaft wider; die Sprache der Gewalt hat in den alltäglichen Umgang miteinander Einzug gehalten. Dem „Likud“ ist es zwar gelungen, das Wählerpotential der Rechtsparteien auf sich zu ziehen, aber Koalitionsverhandlungen werden dadurch nicht leichter. Sollte Sharon ernsthaft mit Lapid liebäugeln, werden ihm seine Berater in Erinnerung rufen, dass mehr als drei Viertel der „Likud“-Wähler traditionell religiös sind. Fest stehen nur die Beschleunigung entdemokratisierender Prozesse, die Legitimierung rechtsfreier Räume, die die rechten Parteien und die Siedler seit langem besetzt haben, der Ausbau des enormen Einflusses der militärischen Führung auf die Politik und die weitere Aushöhlung elementarer Rechtsstaatsprinzipien. Setzt sich der Trend fort, das Oberste Gericht zu marginalisieren, würde Israel seinen Ruf als einzige Demokratie im Nahen Osten endgültig verspielen. Bei der Missachtung der palästinensischen Menschenrechte hält es schon heute einen Rekord, auch jüdische Friedensaktivisten unterliegen mittlerweile der Kriminalisierung.

Die religiösen und nationalistischen Parteien werden für die künftige Politik gegen die Palästinenser nicht mehr gebraucht, weil der „Yeshiva-Nationalismus“ – die Symbiose von Religion, Land und Nation – seinen Weg durch alle Teile der Bevölkerung genommen hat. Die Regierungen haben dafür gesorgt, dass gewalttätige Siedler geschützt werden; die Armee ist zur Partei gegen Recht und Gesetz aufgestiegen und rühmt sich dennoch, höchsten Moralansprüchen gerecht zu werden. Außerdem wird der Anspruch auf die Westbank einschließlich des metropolitanen Jerusalem in einer Größenordnung von 950 Quadratkilometern mit einer doppelten Begründung erhoben. Der historisch-mystische Impetus verweist auf „Judäa und Samaria“ mit ihren biblischen und spirituellen Ausstrahlung: Kein Jude habe zweitausend Jahre lang um die Rückkehr nach Tel Aviv oder Haifa gebetet. Das zweite aktuell-politische Argument bezieht seine Legitimation aus der systemischen Instabilität der Region: Bedrängte Regimes wie in Jordanien, Saudi-Arabien und Irak rechtfertigen den Drang nach territorialer Tiefe.

In den vergangenen Monaten ist spekuliert worden, welche Schritte die israelische Regierung in der Westbank und im Gazastreifen im Windschatten eines amerikanischen Krieges gegen Saddam Hussein unternimmt. Ob sie der Option folgt, die „palästinensische Frage“ mittels eines Massentransfers aus der Welt zu schaffen, erscheint höchst zweifelhaft. Nachdem seit Beginn der zweiten Intifada rund hunderttausend Palästinenser die Westbank „still“ verlassen haben sollen, würde eine militärisch organisierte Vertreibung das Problem nur um wenige Kilometer nach Osten oder Süden verschieben und

die gesamte Region in einem unvorstellbaren Ausmaß destabilisieren. Ihm gegenüber könnten arabische Proteste gegen den Irak-Krieg geradezu trivial erscheinen.

Sharons Wahlsieg soll dazu dienen, die nationalen Hoffnungen der Palästinenser endgültig zu begraben. Insofern war Arafats Absage der Wahlen ein strategischer Fehler, denn ohne Zweifel hätte sich die Mehrheit der Palästinenser unter dem Druck der Besatzung um ihn geschart. So überlässt er es Israel, seine Autorität und sein Ansehen weiter zu zermürben. Darüber hinaus präsentiert, während dort über den „jüdischen Staat“ gestritten wird, seine Autonomiebehörde hier einen neuen Verfassungsentwurf mit dem Islam als Staatsreligion und der Sharia als Hauptquelle der Gesetzgebung. Unabhängig von der strukturellen Unebenbürtigkeit zwischen Israel und den Palästinensern werden solche ideologischen Konfusionen dem blutigen Abnutzungskrieg weiteren Auftrieb geben.

Email: [Reiner.Bernstein@web.de](mailto:Reiner.Bernstein@web.de)

-----